

Mittwoch, 14. Mai 2025
von Mathieu Noyer

Oberrhein

Interreg: Die Schweiz könnte bald Ihre Beteiligung streichen

Der Bundesrat plant, die schweizerische finanzielle Beiträge am Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen eines derzeit ausgearbeiteten Haushaltssparplans, zu kürzen oder sogar ganz abzuschaffenn. Gefährdet würden in der Region Basel würden die Projekte die von der Hebelwirkung profitierten. Schlimmer noch, das trinationale Gebiet würde nur noch auf zwei Beinen stehen.



Grenzüberschreitendes Treffen, in Basel. © HKBB

Sogar die Schweiz ist auf Sparkurs, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein könnte unter diesen Entscheidungen leiden. Die Einstellung des Fonds für Regionalentwicklung gehört zu den 59 Maßnahmen eines Sparpakets, das der Bundesrat (Regierung) unter dem Namen Entlastungspaket 27 ausgearbeitet hat und schrittweise ab 2027 in Kraft treten soll.

Dieses Finanzinstrument ist die Grundlage der „*Neuen Regionalpolitik*“, die die Unterstützung von Projekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach dem 1:1-Prinzip regelt: Die Summe, die ein Partnerkanton in ein solches Projekt investiert, löst einen gleich hohen Betrag des Bundes aus. Seit ihrer Einführung im Jahr 2008, in Folge von anderen Mitteln, ist die NRP zum Bezugsrahmen für die Schweizer Beteiligung an europäischen Förderprogrammen, insbesondere Interreg, geworden. Daher ergeben sich sehr starken Zweifel an der Fortsetzung dieser Beteiligung und folglich an der Nachhaltigkeit der konkreten Projekte, falls das Entlastungspaket in seiner jetzigen Form angenommen würde.

Schweizer Zusatz zu Interreg ist beschlossene Sache

Deutsch-französische Unterstützung

„Eine Verminderung oder gar Aufgabe der Beiträge an die Interreg-Programme mit Schweizer Beteiligung wäre daher für die mit dem nahen Ausland in engem Austausch stehenden Schweizer Grenzregionen ein bedeutender Verlust und ein nachhaltiger Rückschlag für das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union“, reagiert Regio Basiliensis, die Basler Struktur zur Förderung der Zusammenarbeit in einem schriftlichen Standpunkt.

Bei ihren Bemühungen, die Position des Bundesstaates zu beeinflussen, kann sich die Regio Basiliensis auf die Verstärkung durch ihre deutschen und französischen Nachbarn stützen. Das Regierungspräsidium Freiburg, die Vertretung des Landes Baden-Württemberg, und die Region Grand Est haben am 29. April gemeinsam einen Unterstützungs- und Argumentationsbrief an Bern unterzeichnet, der von ihrem Präsidenten Carsten Gabbert bzw. von Frédéric Pfliegersdoerfer, dem Vorsitzenden der Interreg-Arbeitsgruppe Oberrhein der Region, verfasst wurde. Die Unterzeichner erinnern an mehrere konkreten Ergebnisse, die dank der Schweizer Kredite zustande gekommen sind, wie das Infobest-Netzwerk, der trinationale Museumspass oder die zahlreichen gemeinsamen Studiengänge der Universitäten.

Infobest tritt in die Ära 4.0 ein

Übertriebene Schäden

Das Plädoyer bezieht sich vor allem auf die "*überproportionalen*" Schäden, die durch die Einstellung der Finanzierung entstehen würden. Diese beschränken sich auf 8,2 Millionen Schweizer Franken für das laufende Programm Interreg VI (2021-2027), im Vergleich zu den 126 Millionen, die die UE dafür bereitstellt (und den 3 Milliarden Schweizer Franken, die der Bund allein im Jahr 2027 insgesamt einsparen will). Doch ohne diese Kofinanzierung könnte die Bereitschaft der Kantone, alleine zu investieren, schwinden, und symbolisch würde die trinationale Region nur noch auf zwei Beinen

stehen. Die Folgen würden sich auf die nächste Interreg VII-Programmierung von 2028 bis 2034 auswirken.

Interreg VI zeichnet ein grüneres und sozialeres Oberrheintal



Andreas Doppler, Leiter Förderprogramme bei Regio Basiliensis.
© David Schweitzer

"Das Inkrafttreten der Maßnahmen des Entlastungspakets zur NRP würde vollständig im Jahr 2031, während der Interreg VII-Periode, erfolgen. So stehen die bereits laufenden Vorbereitungen für diese Periode in der Schwebe. Die Gefahr besteht die Schweizer Beteiligung würde bereits zu Beginn der Periode ausfallen", erklärt Andreas Doppler, Leiter Förderprogramme bei Regio Basiliensis.

Von Interreg VII erwarten die Bürger eine Verbesserung der Bewegung

Entscheidung im November

"Nur mit einer fortgesetzten Bundesbeteiligung können die geplanten Vorgaben umgesetzt. Es brauchtr Planungssicherheit bis im Jahr 2034 für die Nordwestschweiz und für die deutschen und französischen Programmpartner", fügt Regio Basiliensis hinzu.

Wird Bern seine Position überdenken? Die Entscheidung wird im November bei der voraussichtlichen Abstimmung über das Entlastungspaket im Parlament erwartet. In der Zwischenzeit wird der Bundesrat das am 5. Mai abgeschlossene Konsultationsverfahren (die Vernehmlassung) mit den Kantonen und anderen Beteiligten zusammengefasst haben, um eine neue Version zu verfassen. Von der sich die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit also mehr Positives erhoffen.